



## Willkommen mit Hürden

Bürokratisch blöd: Erfahrungen von Geflüchteten mit der Arbeit. Seite 6

Foto: 123rf/Andre Helbig

## Investitionen in Kuba

Der Ökonom Pavel Vidal im Interview über die Projekte der Wirtschaft. Seite 9

## Den Digidags zum 60.

Aufs Rentenalter zu reiten die Digidags der DDR. Seite 15

Foto: dpa/jan Woitas



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 28. Dezember 2015

70. Jahrgang/Nr. 300

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

### STANDPUNKT

## Lohn der Angst

Fabian Lambeck über den unheimlichen Höhenflug der AfD

Es läuft derzeit gut für die rechts-populistische AfD. Aktuelle Umfragen sehen die völkische Partei auch bundesweit bei fast zehn Prozent. Sie hat beste Aussichten, bei den anstehenden Landtagswahlen im März in alle drei Parlamente einzuziehen. Doch woher kommt der Erfolg? An der guten Öffentlichkeitsarbeit liegt es sicher nicht. Stellen sich AfD-Politiker den Medien, wird es oft peinlich. Die AfD profitiert davon, dass sie als »asylkritisch« wahrgenommen wird, als Fundamentalopposition zum vermeintlichen Flüchtlingskonsens der etablierten Parteien. Petry und Gauland müssen nicht viel tun, außer parteiinterne Konflikte unter Kontrolle zu halten. Wenn ihnen das gelingt, werden sie im März den Lohn der Angst einfahren. Denn das Geheimnis ihres Erfolgs ist die diffuse Angst eines Teils der Bevölkerung, der den Zuzug von Flüchtlingen und Migranten als Gefahr sieht. Es ist die Angst einer alternden Gesellschaft vor zu vielen jungen Muslimen. Es ist die Angst von Menschen, die den sozialen Abstieg fürchten, neue Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnraum. Es ist eine Angst, der die Politik die Grundlage entziehen sollte. Stattdessen bedient man zumindest bei der Union diese Ängste mit populistischen Vorstößen.

Wer den Bürgern die Angst nehmen will, der muss möglichen Verteilungskonflikten die Grundlage nehmen, den sozialen Wohnungsbau vorantreiben, Bildungsprogramme auflegen und vor allem den Mindestlohn nicht zur Diskussion stellen. Wer das nicht oder nur halbherzig tut, der heizt die Verunsicherung weiter an. Die AfD wird es danken.

### UNTEN LINKS

Dass über die eben vollendeten Weihnachtsfeiertage seltsame Dinge geschehen können, wissen wir nicht erst nach den diversen Hollywoodschinken, mit denen uns die Fernsehprogrammgestalter auch in diesem Jahr wieder hinreichend überschüttet haben. Nein, selbst im ganz normalen Leben kann es in den Tagen vor dem Jahreswechsel zu mancher tollen Überraschung kommen. Oder hätten Sie nur einen Cent dafür gewettet, dass der alte knorrige und mitunter wenig sensible Bundesfinanzminister von der CDU dem SPD-Chef sein tiefstes Mitgefühl wegen dessen schlechtem Wahlergebnis auf dem vergangenen Genossen-Parteitag via Öffentlichkeit übermittelt? Wer solche anteilnehmenden Konkurrenten in der Politik hat, kann auf die eigenen Parteifreunde locker verzichten. Mit Schäuble im Rücken muss Gabriel den bevorstehenden Wahlkampf wahrlich nicht mehr fürchten. Die beiden sind so etwas wie die personifizierte Große Koalition. Und das vermutlich auf Lebenszeit. oer

## Unerfüllte Weihnachtswünsche

Viele Attacken gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte während der Feiertage



Flüchtlingskinder am zweiten Weihnachtsfeiertag in der Unterkunft am ehemaligen Berliner Flughafen Tempelhof

Foto: AFP/Tobias Schwarz

Wer hoffte, dass wenigstens rund um das Weihnachtsfest etwas Ruhe einkehren würde, sah sich getäuscht: Die Horrormeldungen zu Übergriffen auf Flüchtlinge, Migranten und deren Unterkünfte rissen nicht ab. Im sachsen-anhaltischen Halle ist ein Mann aus Nigeria Opfer einer rassistischen Attacke geworden. Er wurde am zweiten Weihnachtsfeiertag von einem Angreifer beleidigt und dann mit einem Stock geschlagen. Auf eine Flüchtlingsunterkunft im sächsischen Schlettau ist in der Nacht zum Samstag ein Brandanschlag verübt worden. Wie die »Freie Presse« mitteilte, schleuderten Rechtsradikale Molotow-Cocktails auf

das Gebäude. Vier Geflüchtete wohnten bereits in der Unterkunft, sie blieben ebenso unverletzt wie das Wachpersonal. Laut MDR gab es auch einen Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft in Dresden. Dort explodierte laut Polizei ein vermutlich illegaler Böller im Eingangsbereich und zerstörte Glasscheiben.

Auch auf eine Osteria in Leipzig hat es zu Weihnachten einen Angriff von rechts gegeben. Wie das Lokal auf Facebook mitteilte, zerstörte ein Mann die Scheiben, nachdem er eine Auseinandersetzung mit einer Angestellten angefangen hatte, weil diese ihm »nicht deutsch genug« gewesen sei.

Im sächsischen Meerane ist zudem auf einen Flüchtlingshelfer ein Anschlag verübt worden. Wie die »Freie Presse« meldet, wurde das Auto des 45-Jährigen komplett mit Farbe überschüttet. Der Mann sagte dem Blatt, er sei aufgrund seines Engagements für die Geflüchteten mehrfach beschimpft und beleidigt worden. Damit steigt die Zahl der bisher bekannten an den Feiertagen verübten rechten Anschläge und Anschlagversuche weiter. In der Nacht zum Freitag hatte es in einer noch nicht fertiggestellten Flüchtlingsunterkunft in Schwäbisch Gmünd in Baden-Württemberg gebrannt. nd Seite 5

## Enkelin und Großvater sterben in Cizre

Krieg gegen Kurden führt zu Protest in Deutschland / Streiks in der Türkei am Dienstag

In Deutschland demonstrierten Zehntausende gegen das militärische Vorgehen gegen die Kurden und die EU-Politik. In der Türkei rufen Gewerkschaften zum Streik für den Frieden auf.

Von Ismail Küpeli

Bei einem Schusswechsel zwischen Sicherheitskräften und kurdischen Kämpfern in der Stadt Cizre wurden am Wochenende ein drei Monate altes Mädchen und sein Großvater auf dem Weg zum Krankenwagen laut örtlichen Ärzten tödlich getroffen. Nach Darstellung der Familie kamen die Schüsse aus Richtung des öffentlichen Krankenhauses von Cizre, das von türkischen Sicherheitskräften kontrolliert wird, wie AFP berichtete.

Im Südosten der Türkei ist eben diese Stadt ein Brennpunkt der Offensive von Regierungskräften gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). In dem blutigen Kon-

flikt wurden in den vergangenen drei Jahrzehnten bis zu 45 000 Menschen getötet.

Im Südosten der Türkei setzte das Regime in Ankara den Krieg gegen die Bevölkerung und gegen militante Gruppen auch am Weihnachtsabend in unvermittelter Härte fort. Bei Angriffen von Sicherheitskräften und Armeeeinheiten auf linke Politiker, kurdische Gruppen und die Zivilbevölkerung wurden mindestens vier Zivilisten getötet. Einheiten gingen auch gegen Trauermärsche vor. Am Donnerstag wurden laut der kurdischen Nachrichtenagentur ANF allein in der Stadt Amed drei Menschen von Sicherheitskräften getötet. Sie hatten an einem Protestmarsch gegen die Verhängung von Ausgangssperren teilgenommen, zu dem auch die linke Partei HDP aufgerufen hatte. Gegen die Führung der Partei wurden inzwischen Ermittlungen wegen »Aufstachelung« eingeleitet.

Vor dem nordrhein-westfälischen Landtag in Düsseldorf demonstrierten am Samstag laut Polizeiangaben 15 000 Menschen für ein Ende des Krieges in den kur-

**Vor allem jüngere Teilnehmer der Demonstration in Düsseldorf skandierten den Ruf »Rache!«.**

dischen Gebieten und eine andere Türkei-Politik der Bundesregierung und der EU. Sprechchöre richteten sich gegen die AKP-Regierung und den autoritär agierenden Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, die für den Krieg verantwortlich gemacht werden. Demonstranten zeigten ihre Unterstützung für kurdischen Widerstand in Städten, die seit Wochen

unter Ausgangssperren und Angriffen der Armee leiden.

Nicht alle Teilnehmer hatten friedlichen zivilen Widerstand gegen die türkischen Einsatzkräfte im Sinn. Vor allem Jüngere skandierten den Ruf »Rache!«. Aus der PKK-nahen Jugendorganisation YDG-H entstehen immer mehr bewaffnete »Selbstverteidigungseinheiten«. Wieder aufgetaucht sind die »Freiheitsfalken Kurdistans« (TAK). Diese PKK-naher Organisation bekannte sich inzwischen zu dem Angriff auf den Sabiha Gökçen-Flughafen in Istanbul am 23. Dezember.

Die Zivilgesellschaft in der Türkei versucht mit anderen Methoden, ihren Protest gegen den Krieg zu zeigen. Gewerkschaften und Berufsverbände meldeten sich mit einem Aufruf zu landesweiten Streiks am Dienstag zurück. Die Beteiligung wird zeigen, wie groß die Zustimmung zu dem Antikriegs-Aufruf an der Basis der Gewerkschaften ist. Mit Agenturen

## Land Berlin will Anlaufstelle für Flüchtlinge kaufen

Finanzsenator Kollatz-Ahnen kündigt Vertragsabschluss zum 1. Januar an

Berlin. Das Land Berlin will die Registrierungsstelle für Flüchtlinge in Wilmersdorf kaufen. »Wir haben erfolgreich verhandelt. Der Kauf der Bundesallee findet genau zum 1. Januar 2016 statt«, erklärte Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) dem »neues deutschland«. Der Finanzsenator verteidigte auch die Androhung einer Beschlagnahmung der ehemaligen Landesbankzentrale. »Ohne Sicherstellung hätten wir das Gebäude nie vor dem 1. Januar 2016 beziehen können.« In der Bundesallee 171 arbeiten seit Mitte Oktober verschiedene Behörden unter einem Dach, um Asylbegehren schneller zu bearbeiten.

Kritik der Opposition, Berlin habe zu wenig gemacht, um Gebäude für die Flüchtlingsunterbringung zu ertüchtigen, wies der Senator zurück. Seit Mitte August seien 35 Gebäude mit 15 000 Plätzen hergerichtet worden. mkr Seite 9

## Spracherwerb statt Spaltung

Annelie Buntenbach: Integration zentrales DGB-Thema 2016

Berlin. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach fordert »klare Kante« gegen diejenigen, die eine Spaltung der Gesellschaft vorantreiben – hin zu einer Verschärfung von Lohn- und Sozialdumping auf der einen Seite sowie durch Ausgrenzung von Flüchtlingen und das Schüren von Rassismus auf der anderen Seite. »Wie gut uns das gelingt entscheidet darüber, wie es hier in fünf Jahren aussieht«, sagte Buntenbach im nd-Interview.

Überdies stehe nicht einmal die Hälfte der finanziellen Mittel, die für Integration und Ausbildung von Geflüchteten benötigt würden, zur Verfügung. Es müsse mehr in diesen Bereich investiert werden, »und das verträgt sich nicht mit der Schwarzen Null«.

Zum Gesetzentwurf gegen den Missbrauch von Werkverträgen, der derzeit im Kanzleramt nachverhandelt wird, sagte Buntenbach, der Entwurf gehe zwar nicht weit genug, werde aber von den Gewerkschaften unterstützt, »wenn er wenigstens erste Schritte zur Regulierung dieses unerträglichen Zustands bringt«. jme Seite 3

## Bundeswehr startet Awacs-Einsatz

Verlegung von Aufklärungsflugzeugen nebst Personal in die Türkei geplant

Berlin. Auf die Bundeswehr kommt nach Presseinformationen wegen des Syrienkrieges ein weiterer Einsatz im Ausland zu. Wie die »Bild am Sonntag« berichtet, verstärkt die NATO die Luftverteidigung ihres Mitgliedstaats Türkei und stationiert dafür Luftaufklärer vom Typ Boeing E-3 in der Türkei. Auswärtiges Amt und Verteidigungsministerium informierten den Bundestag demnach kurz vor Weihnachten in einem gemeinsamen Brief über den bevorstehenden Einsatz.

In dem Schreiben an die zuständigen Ausschüsse heiße es, dass eine »vorübergehende Verlegung von Awacs-Aufklärungsflugzeugen vom Stützpunkt Geilenkirchen auf den Einsatzflugplatz Konya in der Türkei« geplant sei. Da der Einsatz von Waffengewalt »derzeit nicht zu erwarten« sei, werde ein Bundestagsmandat nicht benötigt. Die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) verfüge über keine Luftstreitkräfte. Außerdem gebe es keine Hinweise, dass Syrien oder Russland ihre Luftwaffe gegen die Türkei einsetzen wollten. AFP/nd

ISSN 0323-3375

